

Aktuelle Post aus dem Kreistag (16)



16. August 2018

Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Der Landtagswahlkampf hat angefangen. Wie man das bemerkt?
Unsere beiden sozialpolitischen Anträge wurden im Kreistag nicht einfach abgelehnt, sondern sie wurden zur weiteren Bearbeitung in den Sozialausschuss überwiesen.
Man machte sich die Mühe, Änderungsanträge zu unseren Anträgen zu stellen.
Man lobte uns: Wir hätten uns mit den Anträgen viel Mühe gegeben.
Es ist nämlich ganz und gar nicht öffentlichkeitswirksam, sozialpolitische Anträge abzumeiern, wenn Wahlkampf ist.
Prognose: Die Anträge werden in den Ausschüssen abgemeiert.
Wie wir drauf kommen? Es wurde ausdrücklich abgelehnt, dass der Kreistag auf seiner nächsten Sitzung erneut über die Anträge diskutiert und abstimmt – wie das eigentlich üblich ist. Abgestimmt wird nun im Sozialausschuss. Ohne öffentliche Wahrnehmung.
Denn Presse ist im Ausschuss so gut wie nie vertreten.

Das sind die Themen dieser Ausgabe:

1. Rücklicht
2. Wahl einer/eines zweiten hauptamtlichen Kreisbeigeordneten
3. KIP macht Schule
4. Antrag DIE LINKE: Erstausrüstung wieder aufstocken
5. Antrag DIE LINKE: Eine Sozialkarte für die Wetterau
6. Antrag der Grünen: Heizungserneuerungen für den Ausstieg aus fossilen Energieträgern nutzen

RÜCKLICHT

Erstes Rock'n Red Festival der Linksjugend

Unter dem Motto „Festival der Nachhaltigkeit“ hatte die Linksjugend ein vielfältiges Programm zusammengestellt. Zu politischen Arbeitsgruppen, Akrobatik, Poetry Slam und Livemusik kamen am 21. Juni viele Jugendliche ins Friedberger Jugendzentrum.



Sechstes Usagassenfest rockte die Friedberger Altstadt



Zum traditionellen Sommerfest der Wetterauer Linken waren wieder viele Gäste gekommen.

Bei Livemusik, Kinderprogramm und Politik wurde bis in die Abendstunden gefeiert.



DIE LINKE. Wetterau beteiligte sich an den Protesten für eine Seebrücke. Dass viele hundert Menschen jeden Monat im Mittelmeer ertrinken, ist nicht hinnehmbar! Am Frankfurter Römer wurden die bekannten Namen derer aufgelistet, die ertrunken sind. Dass die Seenotrettung kriminalisiert wird und der Kapitän der „Lifeline“ angeklagt ist, weil er Menschen gerettet hat, statt sie ertrinken zu lassen, ist unerträglich! Seenotrettung ist kein Verbrechen!

Wahl eines zweiten hauptamtlichen Kreisbeigeordneten

Wir haben die Stelle des zweiten hauptamtlichen Kreisbeigeordneten abgelehnt.

Das ist unsere Rede zur Wahl des zweiten Kreisbeigeordneten:

„DIE LINKE hat sich in der Vergangenheit gegen eine Stelle für einen zweiten hauptamtlichen Kreisbeigeordneten ausgesprochen und tut das auch heute! Wir werden Ihren Wahlvorschlag nicht unterstützen.

Sie erinnern sich sicher daran, dass die Mehrheit hier in diesem Kreistag 2013 mit der „Systematischen Aufgabenkritik“ einem drastischen Sparprogramm im Sozialhaushalt zugestimmt hat. Es wurde gekürzt und ausgelagert; es wurden Leistungen ausgedünnt und erfahrene soziale Beratungsstellen und Hilfsangebote durch billigere Anbieter ersetzt.

Damals, 2013, wurde diese zweite hauptamtliche Stelle von Ihnen allen nicht mehr befürwortet. Ganz zurecht erschien es Ihnen unangebracht, für Posten Geld auszugeben, wenn gleichzeitig drastisch gekürzt werden sollte.

SPD und CDU haben zu Beginn dieser Wahlperiode den Posten des zweiten hauptamtlichen Kreisbeigeordneten aus wahtaktischen Gründen wieder in ihren Koalitionsvertrag geschrieben. Für den Parteienproporz!

Aber wir sagen Ihnen: Es ist immer noch unangebracht, für Posten Geld auszugeben, wenn soziale Leistungen ausgedünnt und ausgelagert werden!

Sollten sie mittlerweile zu der Ansicht gekommen sein, dass wieder mehr Geld ausgegeben werden soll, dann machen Sie die sozialen Kürzungen rückgängig:

- Arbeiten Sie realistische Mietobergrenzen aus
- Machen Sie die Kürzungen bei der Erstausrüstung für arme Familien und ihre Kinder rückgängig
- Gewähren sie eine Weihnachtsbeihilfe für Kinder aus einkommensschwachen Familien
- Sorgen Sie für einen kostenfreien Schülerverkehr
- machen Sie die Zentralisierung der Verwaltung zu Lasten des Ostkreises rückgängig
- Erweitern sie wieder die Angebote der Schuldnerberatung und der psychosozialen Beratungsstellen
- Zahlen sie den Noteltern ein angemessenes Entgelt

Und wenn Sie noch mehr Arbeitsgebiete wissen wollen, wo sie das Geld sinnvoll ausgeben können, dann sprechen Sie uns an – wir helfen gerne!“

KIP macht Schule

Wir haben dem Kommunalinvestitionsprogramm II – KIP - zugestimmt. Trotz unserer grundsätzlichen Kritik an diesem hessischen Investitionsprogramm. Die bereitgestellten Mittel werden in der Wetterau für die Verbesserung der Schulen ausgegeben.

Das ist nötig und der Einsatz des Geldes ist dort zu begrüßen.

Dennoch bleiben wir bei unserer Kritik:

Das Land Hessen hat den Kommunen die finanziellen Mittel drastisch gekürzt.

Jetzt wurde ein unzulängliches Programm aufgelegt, das die Kürzungen nicht ersetzt.

Die Kommunen gehören für ihre Aufgaben ausreichend finanziell ausgestattet!

Antrag DIE LINKE: Erstaussstattung wieder aufstocken

Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, bekommen immer weniger Hilfe für die Erstaussstattung einer Wohnung. Die Pauschale für Erstaussstattung wurde seit 2012 halbiert. Wir haben deswegen beantragt, die Hilfe wieder auf das Niveau von 2012 heraufzusetzen.

Hier ist unser Antrag zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/919-erstaussstattung-der-wohnung-bei-hartz4.html>

Das ist unsere Rede, in der wir den Sachverhalt näher erklärt haben:

„Für Menschen, die auf Sozialleistungen nach dem Sozialgesetzbuch angewiesen sind, besteht ein Rechtsanspruch auf Hilfe bei der Erstaussstattung einer Wohnung - einschließlich Haushaltsgeräten. Das gilt, wenn erstmals eine Wohnung bezogen wird oder – um mal einige Beispiele zu nennen - bei Wohnungsbrand, Wasserschaden, Scheidung / Trennung / nach Aufenthalt in einem Frauenhaus, Auszug aus einer Sammelunterkunft, wenn Obdachlose Personen sesshaft werden, nach Haftentlassung oder ähnlichem.

In der Wetterau wird meistens eine Pauschale gewährt.

Der Betrag für die Erstaussstattung einer Wohnung für Leistungsberechtigte von SGB II betrug im Jahr 2012 für eine Person 2060 Euro. Für zwei Personen 2250 Euro und dann für jede weitere Person 300 Euro.

Diese Pauschale wurde seither immer weiter zusammengestrichen. Zum Beispiel 2013, als der Wetteraukreis unter den Schutzschirm ging und mit einer systematischen Aufgabenkritik zahlreiche Sozialausgaben zusammenstrich. Dann erfolgte eine weitere deutliche Kürzung ab 1. Mai 2016. Derzeit werden für Familien angeblich 1195 Euro gezahlt. Doch real zahlte das Jobcenter Wetterau im April/Mai 2017 nur noch einen Betrag von 904 Euro für zwei Personen.

Um diesen Betrag zu begünden, wurde eine phantasische Liste erstellt, wie teuer angeblich neue Möbel sind. Diese Liste haben wir dem Antrag angehängt.

Selbstverständlich war nicht zu erwarten, dass für die Sozialhilfe Möbel der Mittelklasse eingepreist werden. Aber mit den dort aufgeführten Preisen lassen sich auch keine Möbel in der untersten Preisklasse kaufen.

Nach eingehender Recherche mussten wir feststellen, dass es auch bei Billiganbietern keinen Stuhl für 8,99 Euro, kein Bett für 59 Euro, keine Hängelampe für 5,99 Euro und keinen 2-türigen Kleiderschrank für 49,99 Euro gibt (um nur einige Beispiele aufzulisten).

Darüber hinaus sind bei der Auflistung der Erstaussstattungsgegenstände keine Bedarfe für Kinderzimmer vorgesehen. Zwar kann bei der Geburt eines Kindes ein Sonderbedarf nach §24 SGB II geltend gemacht werden (Erstaussstattung Baby).

Dann aber werden Bedarfe nicht mehr gewährt, die dadurch entstehen, dass Kinder wachsen und Kinderbetten oder Kinderschreibtische und Stühle entsprechend der Größe des Kindes beschafft werden müssen. Aber dies steht den Kindern zu, wenn sie dem Babyalter bzw. Kleinkindalter entwachsen. Das ist bereits seit 2013 vom Bundessozialgericht in Kassel entschieden worden.

DIE LINKE / Piraten beantragen, die unsozialen Kürzungen der letzten Jahre zurückzunehmen.

Die Liste der Erstaussstattungsbedarfe muss reale Kosten im unteren Preissegment einpreisen.

Wir machen darauf aufmerksam, dass es rechtlich nicht haltbar ist, Kinderbedarfe nicht zu gewähren.

Der Wetteraukreis ist Träger des Jobcenters Wetterau. Er hat entsprechend Einfluss darauf, wie hoch die sozialen Hilfen sind.“

Dieser Antrag wurde zur endgültigen Entscheidung in den Sozialausschuss überwiesen.

Antrag DIE LINKE: Eine Sozialkarte für die Wetterau

DIE LINKE. / Piraten haben eine Sozialkarte für den Wetteraukreis beantragt.

Den Antrag findet man auf unserer homepage:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/920-sozial-chipkarte-f%C3%BCr-den-wetteraukreis.html>

Das haben wir dazu gesagt:

„DIE LINKE / Piraten unterbreiten dem Kreistag heute einen Antrag, dass in Zusammenarbeit mit den Kommissionen des Wetteraukreises, dem DGB, den Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Flüchtlingsinitiativen die Bedingungen für die Einführung einer Sozialkarte für den Wetteraukreis erörtert und die Kosten geprüft werden.

Meine Damen und Herren, derzeit ist viel von Inklusion und Integration die Rede. Wir möchten darauf aufmerksam machen, dass die Grundsätze für gesellschaftliche Teilhabe auch für Menschen gilt, die soziale Deklassierung erfahren haben.

Derzeit sind in Deutschland 20 Prozent der Bevölkerung arm oder von Armut bedroht.

In Hessen sind das derzeit 900 000 Menschen. Im Wetteraukreis liegt die Quote etwas darunter, ist aber mit 15 Prozent auch nicht marginal. Und besonders gravierend ist die Kinderarmut.

155 000 Kinder in Hessen waren 2017 auf Hartz4 angewiesen. Das ist ein Anstieg von 7,1 Prozent gegenüber 2016. Insgesamt leben 14,6 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in Familien, die wegen Jobverlusts oder zu geringem Lohns auf Hartz IV angewiesen sind. Die Zahlen sind übrigens von der Bundesagentur für Arbeit.

Auf den Anstieg von Armut und die Folgen macht nicht nur DIE LINKE aufmerksam. Die Diakonie, der Paritätische Wohlfahrtsverband, der VdK, die Kirchen und viele mehr haben deutlich auf die ansteigende soziale Deklassierung hingewiesen und fordern Gegenmaßnahmen. Selbst die Hessische Landesregierung hat in ihrem Sozialbericht 2018 das steigende Armutsrisiko für Hessen festgestellt. Jetzt wird auf der kommunalen Ebene gerne gesagt: Armut ist Bundessache oder vielleicht noch Landessache – aber wir haben hier keine Möglichkeiten.

Das ist falsch. Es gibt auch kommunal Möglichkeiten, Armutsfolgen abzufedern und wenigstens die Teilhabe in den Bereichen zu unterstützen, auf die Kreis, Städte und Gemeinden Einfluss haben. In sehr vielen Kommunen gibt es bereits einen Sozialpass: Bemühen Sie das internet und Sie erhalten eine Fülle von Informationen darüber, welche Kommunen das sind und was genau ihr Sozialpass beinhaltet.

Besonders wichtig ist die Teilhabe an Mobilität mit dem öffentlichen Nahverkehr. Der Regelsatz für Hartz4 sieht hierfür 34,66 Euro für einen Erwachsenen vor. Dafür kann man den Wetterauer ÖPNV nicht für einen Monat benutzen. Aber auch Kulturveranstaltungen oder Sporteinrichtungen oder die Nutzung einer Bibliothek oder von Kursen der Volkshochschule gehören zur Teilhabe.

Wir haben in der Begründung dargelegt, welche Personengruppen unseres Erachtens zu den Berechtigten für eine Sozialkarte gehören. Wir möchten Sie sehr ermuntern, einer Prüfung der Möglichkeiten und der Kosten zuzustimmen!“

Zu diesem Antrag stellte die SPD-CDU-Koalition einen Änderungsantrag, der mit ihrer Mehrheit auch beschlossen wurde: Nun sollen die Möglichkeit für eine Sozialkarte und die

Kosten nicht mehr in Zusammenarbeit mit den Kommissionen des Wetteraukreises, dem DGB, den Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Flüchtlingsinitiativen stattfinden. Allein der Kreisausschuss soll intern darüber befinden. Wir kritisierten diesen Änderungsantrag natürlich, weil er keine Beteiligung zulässt und eine Entscheidung im Hinterzimmer nicht sonderlich demokratisch ist.

Es ist zu erwarten, dass dieser Antrag nach der Landtagswahl im Sozialausschuss abgelehnt wird.

Antrag der Grünen: Heizungserneuerungen für den Ausstieg aus fossilen Energieträgern nutzen

Diesen Antrag der Grünen haben wir unterstützt. Es geht vor allem um Gebäude des Wetteraukreises. Aktueller Anlass ist folgender Vorfall: In Karben gab es an der Kurt-Schumacher-Schule eine Pellet-Heizung. Sie wurde in Kooperation mit der OVAG betrieben. Letztens lief der Vertrag mit der OVAG aus und er wurde nicht verlängert. Der Wetteraukreis befand, dass die Heizung nun unwirtschaftlich sei und ließ sie abbauen. Eine funktionierende Heizungsanlage! Sie wurde durch eine Ölheizung ersetzt. Es werden also jetzt wieder fossile Brennstoffe verheizt.

Man fragt sich ja nun: Wieso verlängert eine 100-prozentige Beteiligungsgesellschaft des Wetteraukreises einen Vertrag mit einer Schule nicht? Der Landrat verteidigte diese Entscheidung. Die Wirtschaftlichkeit sei oberstes Gebot – vor der Klimaverträglichkeit. Die Grünen haben richtig argumentiert: Der Wetteraukreis hat Klimaziele verabschiedet. Daran sollte er sich auch halten.



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter! Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Peter Zeichner, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber